

Meran, Georg

Article

Jenseits der engen Budgetsicht - Infrastrukturpolitik im Zeitalter des Klimawandels: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Meran, Georg (2008) : Jenseits der engen Budgetsicht - Infrastrukturpolitik im Zeitalter des Klimawandels: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 27/28, pp. 396-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151632>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

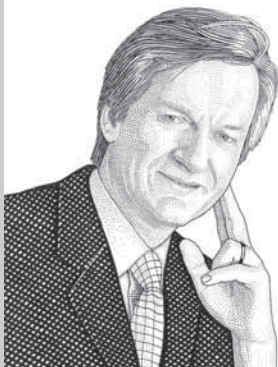
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Jenseits der engen Budgetsicht – Infrastrukturpolitik im Zeitalter des Klimawandels

Von Georg Meran*

Deutschland weist im internationalen Vergleich bislang eine gut ausgebaute technische Infrastruktur auf. Das betrifft den Versorgungsbereich, die Verkehrsinfrastruktur und die Kommunikationsnetzwerke. Dazu zählen aber auch bauliche Maßnahmen zum Hochwasserschutz und zur Regulierung des regionalen Wasserhaushaltes, die zu einem sorgenfreien Leben der Haushalte und einer arbeitsteiligen Produktion der Volkswirtschaft beitragen. Ein Blick nach Amerika zeigt, was eine gute Infrastruktur wert sein kann. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht (Urban Institute und Ernst & Young) schätzt den zusätzlichen Investitionsbedarf dort auf 1,6 Billionen US-Dollar für die nächsten fünf Jahre.

Die Vernachlässigung der Infrastruktur macht die Gesellschaft anfälliger für Katastrophen, und der Ernst der Lage wird noch verschärft durch den Klimawandel. Dies gilt auch für Deutschland. Die Statistik der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass die Zahl und die Intensität der Wetterextreme zugenommen haben. Flutkatastrophen wie jene an der Oder 2002 sind die Folge. Verletzlich sind aber nicht nur die in flutbedrohten Regionen angesiedelten Haushalte und Produktionsstätten sondern auch die Infrastruktur selbst, wie Strommasten, Gasleitungen oder Schienen, deren Ausfall zu volkswirtschaftlichen Schäden führt.

Wer sichert die notwendige Robustheit der Infrastruktur und wer zahlt die Aufrüstungsmaßnahmen? Zunächst geht es um die Erkenntnis, dass die Finanzierung nicht mehr auf traditionelle Weise durch den Staat aufgebracht werden kann. Es bedarf neuer Wege, die nicht nur die Beteiligung privater Anbieter, sondern auch die konsequente Durchsetzung des ökonomischen Prinzips zum Ziel haben. Es geht also darum, Infrastrukturleistungen im Rahmen intelligenter institutioneller Rahmenbedingungen anzubieten. Hierzu gehört beispielsweise eine transparente Regulierung regionaler Wasserwerke oder die Anwendung moderner Benchmarking-Methoden im Straßenbau, die Setzung richtiger Investitionsanreize durch Abschaffung des klassischen Kostenpreises und nicht zuletzt die Einführung eines modernen Nachfrage-Managements, das die richtigen Anreize der Infrastrukturnutzung setzt. Das wird im Energiebereich durch Anreize zur Energieeinsparung erreicht. Ein weiteres Beispiel wäre die Einführung der regional gestaffelten Versicherungspflicht bei Elementarschäden. Einwohner in hochwasserbedrohten Regionen müssen einer Versicherungspflicht unterliegen. Das reguliert die Wohndichte und schützt die Restgesellschaft vor unfairen Unterstützungszahlungen. Die kommenden Infrastrukturaufgaben sind also nicht nur quantitativer Natur. Es wird darauf ankommen, gegen Besitzstandswahrer des alten Systems neue sachorientierte institutionelle Rahmenbedingungen durchzusetzen.

* Prof. Dr. Georg Meran ist Vizepräsident des DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.